

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

7.10.1931 (No. 233)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. Muenb, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 2515

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einj. 25 RM, einj. 25 RM. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Abbestellungen unauflöslicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und erteilt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Konturüberfahrten fällt der Inhalt der Zeitung verpöndet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Gesamtmission des Reichskabinetts

#### Brüning erneut beauftragt — Regierung ohne parteipolitische Bindung

W.B. Berlin, 7. Okt. (Tel.) Nach Abschluß der Arbeiten an der neuen Rotverordnung trat das Reichskabinett heute vormittag unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning im Zusammenhang mit der Fortsetzung der Aussprache über die Genfer Tagung in eine Erörterung der gesamtpolitischen Lage ein. Unter Berücksichtigung des inzwischen eingereichten Rücktrittsgesuchs des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Curtius, beschloß das Reichskabinett auf Vorschlag des Reichskanzlers, dem Herrn Reichspräsidenten die Gesamtmission des Reichskabinetts anzubieten. Der Reichspräsident benutzte den Anlaß zunächst, dem Reichsminister Dr. Curtius, soeben auch seinen übrigen Ministerkollegen für die in schweren 1 1/2 Jahren geleistete aufopfernde Mitarbeit seinen aufrichtigsten Dank auszusprechen.

Im Anschluß an die Kabinettsitzung begab sich der Herr Reichskanzler zum Vortrag zum Herrn Reichspräsidenten.

W.B. Berlin, 7. Okt. (Tel.) Reichskanzler Dr. Brüning überbrachte heute vormittag dem Herrn Reichspräsidenten die Gesamtmission der Reichsregierung. Der Herr Reichspräsident nahm die Demission entgegen, beauftragte die bisherige Reichsregierung mit der einweiligen Weiterführung der Geschäfte und erteilte gleichzeitig dem Reichskanzler Dr. Brüning den Auftrag zur Neubildung der Reichsregierung mit der Maßgabe, daß die Regierungsbildung ohne parteimäßige Bindungen erfolgen solle. Dr. Brüning hat den ihm in dieser Form erteilten Auftrag angenommen.

### Zusammenfassung der neuen Reichsregierung

M. Berlin, 7. Okt. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen nimmt man an, daß das Reichskabinett bis heute abend fertig sein wird, doch wird dies von anderer Seite als fraglich bezeichnet. Man ist in eingeweihten Kreisen der Ansicht, daß es vor allem darauf ankommt, hervorragende Männer der Wirtschaft für das Kabinett zu gewinnen, zumal dadurch auf dem Wege über die Wirtschaft auch eine Entspannung der parlamentarischen Situation herbeigeführt werden könnte. Man nennt als Nachfolger Dr. Wirth als Reichsinnenminister den früheren Reichswehrminister Dr. Gessler, der aber erst morgen in Berlin eintrifft. Verschiedene Persönlichkeiten, die noch vor wenigen Tagen abgelehnt haben, haben inzwischen ihre Zustimmung gegeben. Es gilt jetzt als sicher, daß Prof. Warmbold das Reichswirtschaftsministerium, und Dr. Schmitz von S. G. Farben das Reichsverkehrsministerium an Stelle von Herrn v. Guérard, der völlig ausscheidet, übernimmt. Der bisherige Staatssekretär Joel übernimmt als Minister das Reichsjustizministerium. Die Frage des Reichsinnenministeriums ist, wie gesagt, noch nicht gelöst. Verschiedentlich hält man es auch für möglich, daß Dr. Wirth bleibt.

### Die Wahlen in Lettland

Die Verteilung der 100 Mandate im neuen lettischen Parlament wird voraussichtlich folgende sein: Bauernbund 18 Mandate (vorher 16), Bauern 6 Mandate (vorher 4), Demokratisches Zentrum 7 Mandate (vorher 3), Sozialdemokraten 22 Mandate (vorher 26), Kommunisten 7 Mandate (vorher 5), Katholiken 8 Mandate (vorher 6). Ohne Mandat blieb die früher bedeutende Partei des Nationalen Verbandes, ferner eine Reihe von Splitterparteien.

Die Minderheiten ziehen voraussichtlich mit 10 Vertretern, das heißt mit 1 Mandat mehr als bisher ins neue Parlament ein. Darunter sind 6 Deutsche, 6 Russen, 5 Juden, 2 Polen. Der Wahlsieg der Deutschen ist das erfreulichste Ergebnis aus zwei Faktoren: einmal der klugen Strategie der politischen Führung, die mit mathematischer Genauigkeit Wählermassen in Ertragslinien in die bedrohten Wahlkreise warf, und zum zweiten der beispiellosen Disziplin auch des letzten deutschen Würgers in Lettland.

Am 15. November Volksentscheid über Auflösung des braunschweigischen Landtages. Das Braunschweigische Staatsministerium hat den Volksentscheid über das kommunistische Volksbegehren auf Auflösung des Landtages nunmehr auf Sonntag, den 15. November, angelegt. Zu einem Erfolg des Volksentscheids wäre die Zustimmung der Mehrheit der Wahlberechtigten erforderlich. Die anderen Parteien haben bisher die Aufwandsforderung nicht unterstützt. Weist diese Stellungnahme allseits bestehen, so dürfte der Entscheid erfolglos bleiben.

### Letzte Nachrichten

#### Die Lage der Reichsfinanzen

##### Abwendung der Gefahren durch die neue Rotverordnung

W.B. Berlin, 7. Okt. (Priv.-Tel.) Von maßgebender Seite wird darauf hingewiesen, daß die heute veröffentlichte Rotverordnung zum großen Teil aus der Lage unserer Finanzen entstanden werden muß. Das Bild der Reichsfinanzen, das sich nach den Juli-Ereignissen im August vorübergehend gebessert hatte, hat im September eine starke Verschlechterung erfahren. Die Erparnisse aus der Hoover-Aktion, die sich theoretisch auf etwa 1200 Millionen beziffern, betragen praktisch nur etwa 700 Millionen, weil ja ein erheblicher Teil auf die Reichsbahnregelung entfällt. Dem steht, wie das September-Ergebnis beweist, ein so starker Verlust an Steuereingängen gegenüber, daß der größte Teil der Hoover-Erparnisse dadurch ausgeglichen wird. Immer mehr zeigt sich, daß die Steuern des Reichs weniger beständig sind als die der Länder. Dazu kommt, daß das Zollaufkommen noch labilen Charakter hat.

Eine weitere Schwierigkeit für die Reichsfinanzen ergibt sich daraus, daß im Etat die Veräußerung von 150 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien vorgesehen, und daß ihre Verwertung im Augenblick ganz unmöglich ist, weil einfach niemand das Geld zu solchen Transaktionen hat. Daraus ergibt sich also zunächst ein Defizit von 150 Millionen. An verantwortlicher Stelle glaubt man aber, daß es gelingen wird, über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen, obwohl auch die Schuldentilgung Anforderungen an die Reichsfinanzen stellt. Von den im Etat vorgesehenen 420 Millionen sind bereits 300 Millionen getilgt worden.

Im übrigen werden die Reichsfinanzen vor allen Dingen durch zwei wesentliche Momente gekennzeichnet, das ist einmal die notwendige Hilfe für die Gemeinden, zum anderen die große Zunahme der Arbeitslosen, die im Laufe des Winters bis auf 6,5 Millionen ansteigen dürfte. Aus diesen Gesichtspunkten und den Gefahren, die sich für die Reichsfinanzen hieraus ergeben, wolle die Verordnung des Reichspräsidenten Rechnung tragen und unter dieser Perspektive muß sie vor allem gesehen werden.

#### Die Hilfsmaßnahmen für die Gemeinden

M. Berlin, 7. Okt. (Priv.-Tel.) Ursprünglich wollte das Reich den durch die Wohlfahrtslasten bedrängten Gemeinden die Summe von 230 Millionen Reichsmark nach einem Schlüssel zuteilen, der aber auf den Widerstand der Länder gestoßen ist. Es kam zu einem Kompromiß, 80 Millionen werden an die Länder überwiesen, die nach eigenem Gutdünken damit ihren Gemeinden zu Hilfe kommen können. 150 Millionen bleiben beim Reich, das davon in erster Linie die besonders hart betroffenen Gemeinden in Sachsen, am Rhein und in Schlesien unterstützen wird. Eine Berechnung hat nämlich ergeben, daß die Lasten der Wohlfahrtspflege im Reich bei den Gemeinden außerordentlich verschieden sind. So beträgt die Aufwendung in Württemberg dafür nur ein Neuntel dessen, was Sachsen braucht.

Eine neue Regelung erfährt die kurzfristige Verschuldung der Städte. Auch hier ist jetzt ein Kompromiß geschlossen worden. Man wird die Obligationen, mit denen man den Kommunen zu Hilfe kommt, bei der Reichsbank lombardieren und hofft, auf diesem Wege sowohl den Gemeinden wie auch den Gläubigern, in erster Linie den Banken, eine Erleichterung zu schaffen. Insgesamt handelt es sich um 1800 Millionen, von denen ein Teil im Ausland, ein Teil bei den eigenen Instituten der Städte untergebracht ist.

#### Gespannte Lage im Fernen Osten

W.B. Shanghai, 7. Okt. (Reuter.) (Tel.) Die Lage ist infolge einer japanischen Note an die chinesische Regierung noch gespannter geworden.

Der nach Shanghai beorderte Kreuzer „Loliva“ wird 400 Seefoldaten landen, um dem Protest der japanischen Regierung gegen die japanfeindliche Agitation in China Nachdruck zu verleihen.

Soll für deutsch-französische Verständigung. In der „New York Times“ fordert Staatssekretär a. D. Dr. Solf zur Frage der deutsch-französischen Annäherung die Ausgestaltung freundschaftlicher und ein immer stärker werdendes Band der Übereinstimmung zwischen Deutschland und Frankreich als notwendig für die Rettung Deutschlands und die Befriedung der Welt.

Als Vertreter der Gewerkschaften in der deutsch-französischen Kommission sind von den Spitzenverbänden benannt: Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Reichstagsabgeordneter Larnow und Gager, für den Deutschen Gewerkschaftsbund Otto und Dr. Jahn, für den Freiwirtschaftlichen Nationalen Gewerkschaftsbund Reichstagsabgeordneter Kemmer und für den IFA-Bund das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Schweiger.

### \* Umbildung des Reichskabinetts

Es war nicht etwa der Rücktritt des Reichsaußenministers Dr. Curtius, der dem Reichskanzler die Notwendigkeit einer Umbildung seines Kabinetts nahegelegt hat, sondern es war die Überzeugung, daß das Kabinett in seiner jetzigen, personellen Zusammensetzung keine Mehrheit in dem am 13. Oktober wieder zusammentretenden Reichstag finden würde. Und zwar würde es deshalb keine Mehrheit finden, weil die Parteien zwischen Zentrum und Deutschnationalen, also Landvolk, Christlich-Soziale, Wirtschaftspartei und Deutsche Volkspartei, nicht mehr als zuverlässig gelten konnten, und weil auch die Sozialdemokratie durch die Parteispaltung um etwa acht Reichstagsabgeordnete geschwächt ist. Der Druck der rechten Flügelparteien der Brüning'schen Mitte auf den Kanzler hatte sich in den letzten Wochen außerordentlich verstärkt. Und anscheinend hat Dr. Brüning den Eindruck gewonnen, daß sich diese Flügelparteien wieder fester an das Kabinett anschließen würden, wenn man ihnen in personeller Beziehung bei der Umbildung des Reichskabinetts entgegenkäme.

So ist in den letzten Tagen vor allem mit einzelnen Persönlichkeiten verhandelt worden, von denen der Kanzler annimmt, daß sie durch ihre Zugehörigkeit zum Kabinett die rechten Flügelparteien zufriedenstellen könnten. Dabei hat sich gezeigt, daß Herr v. Neurath, unser Votschafter in London, keine Neigung hat, Nachfolger von Dr. Curtius zu werden. Wahrscheinlich wird Dr. Brüning das Reichsaußenministerium mitübernehmen. Neu zu besetzen wären dann das Wirtschaftsministerium und das Justizministerium, die beide bisher verwaist waren, das Innenministerium und das Verkehrsministerium. Das Wirtschaftsministerium ist Geheimrat Schmitz, Generaldirektor der S. G. Farben, angeboten worden. Er hat jedoch abgelehnt. Indessen wäre es möglich, daß er das Reichsverkehrsministerium annimmt. Ein weiterer Kandidat ist der frühere preussische Landwirtschaftsminister Warmbold. Das Innenministerium wird vielleicht einem höheren Beamten anvertraut werden. Für das Justizministerium kommt der bisherige Staatssekretär Dr. Joel in Frage. Als Ministerkandidaten werden weiterhin der frühere Reichswehrminister Dr. Gessler und der Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht genannt.

Die Umbildung geht in der Form vor sich, daß das Gesamtkabinett dem Reichspräsidenten seine Demission überreicht, und daß dann der Reichspräsident Dr. Brüning von neuem mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Es ist richtig, wenn darauf aufmerksam gemacht wird, daß das ein neuer Vertrauensbeweis des Reichspräsidenten für Dr. Brüning ist. Gindenburg hat damit gezeigt, daß er die mannigfachen, ganz anders gearteten Ratsschlüsse ablehnt, die ihm von verschiedenen Seiten erteilt worden sind, und daß er von neuem seinen Wunsch mit Brüning zusammenzuarbeiten, befähigen will.

Die Umbildung des Kabinetts geschieht jedenfalls ganz eingetandenermaßen, um im Reichstag eine Mehrheit zu finden, die hinter das neue Kabinett Brüning tritt. Ob dieses Ziel erreicht wird, ist und bleibt aber immer noch fraglich; denn man kann sich kaum denken, daß den Parteien des rechten Flügels der Mitte Änderungen in der Leitung einzelner Ministerien genügen werden, wenn nicht auch in sachlicher Beziehung ganz bestimmte Wünsche erfüllt werden. Und natürlich betreffen diese Wünsche in erster Linie das Problem einer sozialpolitischen Reform, und zwar vor allem einer Reform des Tarifrechts. Dies ist aber der Punkt, an welchem der Widerstand der Sozialdemokratie und der christlichen Gewerkschaften zu erwarten ist. Die Frage, die also praktisch zu beantworten ist, lautet: Wie wird es dem neuen Kabinett möglich sein, ein politisches Programm zu entwerfen, das in gleichem Maße die rechten Flügelparteien und die Sozialdemokratie zufrieden stellt.

In einer Berliner offiziellen Mitteilung heißt es, man rechne damit, daß die Sozialdemokratie zwar erklären werde, sie stehe dem neuen Kabinett mit noch größerer Steifigkeit gegenüber, daß sie aber doch zunächst die Arbeiten des Kabinetts abwarten werde. Im gefragten „Volksfreund“ ist indessen folgendes zu lesen:

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 62. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags



Aber das Kabinett Brüning hat in der letzten Zeit eine Orientierung immer härter hervortreten lassen, die es in der Sozialdemokratie nur noch sehr schwer möglich machen wird, die Taktik der Tolerierung aufrecht zu erhalten, zumal, wenn gar das Kabinett Brüning eine Umbildung im Sinne einer weiteren Rechtsorientierung erhält. In diesem Falle, das ist unsere Auffassung, wird die Sozialdemokratie im Reichstage in nächster Woche zwischen sich und dem Kabinett Brüning den Strich der Trennung ziehen müssen.

Und an einer anderen Stelle deutet das Blatt in Übereinstimmung mit dem „Vorwärts“ an, daß die Sozialdemokratie kein Interesse habe, noch irgend welche Opfer zu bringen, wenn man doch heute schon wisse, daß sie zwecklos sind. Praktisch würde es also darauf ankommen, was Reichskanzler Dr. Brüning über seine tatsächlichen Pläne der Sozialdemokratie mitteilen kann. So, wie die Dinge liegen, ist kaum anzunehmen, daß die Sozialdemokratie das neue Kabinett tolerieren wird, wenn sie weiß, daß die große Reform des Tarifrechts doch in Angriff genommen wird.

### Notverordnung und Länder Scharfe Kritik aus Bayern und Sachsen

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand am Dienstag in der Reichskanzlei die angekündigte Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrates statt, zu der die Ministerpräsidenten der einzelnen Länder in der Mehrzahl erschienen waren.

Der Reichskanzler eröffnete zu Beginn der Sitzung einen eingehenden Bericht über die allgemeine Lage Deutschlands, wobei er sich insbesondere mit der aus der Krise des englischen Pfundes zu erwartenden Rückwirkungen auseinandersetzte. Da sich diese Auswirkungen in vollem Umfange noch nicht übersehen ließen, so müßten sich die jeweiligen Maßnahmen auf eine Vorwegnahme und Eingriffe beschränken, welche die Behebung der dringenden Notstände, besonders in den Gemeinden, ermöglichen. Die auf diesen Grundfragen beruhende Notverordnung würde den Ausgangspunkt für weitere Maßnahmen zu bilden haben, die sich mit der Konsolidierung der Wirtschaft, der Ausbalancierung der Produktionskosten und Lebenshaltungskosten zu befassen haben würden. Aber all diese sofort in Angriff zu nehmenden wirtschaftlichen Maßnahmen könne kein Land, auch Deutschland nicht, für sich allein lösen, nur eine internationale Zusammenarbeit, und zwar eine solche, die in kürzester Zeit in Angriff genommen werden müsse, könne eine Besserung in den einzelnen Ländern und in der gesamten Weltwirtschaft mit sich bringen.

An diese Ausführungen schloß sich eine eingehende Diskussion an.

Für Bayern erhob Ministerpräsident Dr. Held vor allem lebhafteste Bedenken gegen die ganze Sachbehandlung. Er kritisierte vor allem, daß der Wortlaut der Notverordnungsentwurfes den Ländern nicht vorlag und auch jetzt den Ländern noch nicht bekannt sei. Er verlangte eine andere Regelung der Zuweisungen für die Wohlfahrtsberuflosenfürsorge, und zwar der ganzen vorgesehenen Summe über die Länder, er hob scharfsten Protest gegen die vorgesehene Regelung der Hauszinssteuer und ebenso gegen die Behandlung des Sparzinswesens. Er stellte dabei in Aussicht, daß die Bestimmungen über diese beiden Punkte in Bayern nicht durchzuführen könnten. Er wies den Eingriff in die Zuständigkeit der Länder auf diesen Gebieten als verfassungswidrig, als sachlich unnötig und unbegründet zurück.

Der bayerische Innenminister Dr. Stügel legte die verfassungsrechtliche Unzulässigkeit der vorgesehene Regelung des Sparzinswesens, aber auch ihre sachliche Unbegründetheit dar.

Auch der sächsische Ministerpräsident Schid vermehrte sich entschieden dagegen, daß die Länder auch bei der neuen Notverordnung wieder vor vollzogene Tatsachen gestellt worden sind. Durch die Notverordnungspläne des Reiches würden die Landesregierungen mehr und mehr zu bloßen Vollzugsorganen der Reichsregierung gemacht und dabei gezwungen, unter dem Druck äußerster finanzieller Not Maßnahmen zu treffen, die die Reichsregierung für ihren Verwaltungsbereich nicht vornimmt. Vor allem hat Ministerpräsident Schid nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die neue Notverordnung sich noch in Teilmaßnahmen erschöpfe, und er hat dringend gebeten, daß dem deutschen Volke sobald als möglich klar und eindeutig der Kurs gezeigt werde, den die Politik der Reichsregierung steuern will.

Von den Vertretern aller Länder wurde die katastrophale Finanzlage nicht nur den Ländern selbst, sondern auch ihrer Gemeinden geschildert.

Reichsbankpräsident Dr. Luther betonte auch auf dieser Konferenz wieder, daß die Notenbank eine neue Inflation unter allen Umständen verhindern werde. Ebenso lehnte er die Schaffung einer Binnenvährung ab.

### Literarische Neuerwerbungen

Ein neues „Meyer“-Lexikon in 3 Bänden. Das Bibliographische Institut in Leipzig, das erst im vorigen Jahre die große Ausgabe von Meyers Lexikon in 12 Bänden zum Abschluß gebracht hat, kündigt jetzt ein neues Nachschlagewerk unter dem Titel „Meyers Kleines Lexikon“, 8. gänzlich neu bearbeitete Auflage in 3 Bänden an. Unter den heutigen Verhältnissen ist das Erscheinen einer für alle Kreise erschwinglichen, aber dabei doch umfassenden Enzyklopädie, die die vielen neuen Begriffe unseres wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Lebens objektiv erläutert, durchaus zu begrüßen. Der erste Band erscheint Mitte Oktober, die beiden anderen folgen 1932. Zunächst hat der Verlag einen ermäßigten Vorbestellungspreis festgesetzt, der nur beschränkte Zeit gültig ist.

Verfassungsrechtliche Nebengesetze und Verordnungen des Deutschen Reiches. Letztausgabe mit kurzen einführenden Bemerkungen. Von Prof. Dr. D. Bühler. (170 Seiten. — M. 8. — Aus Natur und Geisteswelt, Bd. 1011. — Geb. 3 M. B. G. Teubner, Leipzig.) — Das Bändchen dient als Ergänzung des in der gleichen Sammlung erschienenen, vom gleichen Verfasser bearbeiteten, schon in 3. Auflage vorliegenden Buches über die Reichsverfassung; es enthält die Texte der notwendigen, ergänzenden, gesetzlichen Grundlagen des Reichsstaatsrechts. Besonders verdient die Aufnahme der Gesetze über die Staatsangehörigkeit, sowie über den Schutz der Republik, ferner die Geschäftsordnung für den Reichstag und für die Regierung u. a. m. Erwähnung. Es ist ein großes Verdienst des Verfassers, daß er die sonst schwer zugänglichen Einzelgesetze, klar und für den Laien verständlich kommentiert, gerade in einer Zeit zusammengetragen hat, in der das große und allgemeine Interesse am Staat ständig steigt und in dem Bände behandelte Materie in den Parlamenten und in der Öffentlichkeit lebhaft diskutiert wird.

### Die neue Notverordnung

#### Auszug aus ihrem Inhalt — Ankündigungen über das Wirtschaftsprogramm

W.B. Berlin, 7. Okt. (Tel.) Die neue, gestern abend vom Reichspräsidenten unterzeichnete Notverordnung, die im weiten Umfang Voraussetzungen für ein Wirtschaftsprogramm ist, das in den nächsten Wochen mit maßgebenden Führern der Wirtschaft beraten werden soll, wird heute veröffentlicht.

Sie enthält in ihrem ersten Teil die Hilfsmaßnahmen, die durch die gesteigerten Lasten der Wohlfahrtsfürsorge erforderlich geworden sind. Für den kommenden Winter wird, wie bereits bekannt geworden, den Gemeinden 230 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt, von denen 150 Millionen schlußförmlich verteilt und 80 Millionen an besonders notleidende Gemeinden im Einzelfall gegeben werden. Bürgersteuer und Getränkesteuer sollen weiterhin erhoben werden und die auf den Wohnungsbauteil entfallenden Beträge der Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet werden können. Der Sonderbetrag von 375 Millionen Reichsmark aus dem Gesamtaufkommen der drei großen Überweisungssteuern soll wie bisher verteilt werden.

Bei der Arbeitslosenversicherung werden gewisse Härten beseitigt. Lohnsenkungen der letzten Zeit z. B. werden sich nicht sofort in vollem Umfang auf die Höhe der Unterstützungen auswirken, die bis zu einem Drittel in Sachleistungen bestimmter Art gewährt werden können. Bei einem regelmäßigen Wechsel von Beschäftigten kann den zeitweise aussehenden Arbeitnehmern Arbeitslosenunterstützung gewährt werden, wenn auch nicht in voller Höhe. Änderungen in den Sätzen und in der Gesamtdauer der Unterstützung sind nicht vorgesehen. Für die notwendig werdenden Mehraufwendungen aus der Arbeitsfürsorge wird die Reichsregierung Mittel bereitstellen.

Zur Umfahung von Ländern und Gemeinden wird eine Umschuldungsstelle eingeführt, die sich aus Vertretern verschiedener Gruppen zusammensetzt und im Wege freiwilliger Vereinbarung, gegebenenfalls unter Vermittlung des Reiches, die Tilgung der Schuld entweder durch Ratenzahlungen oder durch Ausgabe von Obligationen vornimmt. Ab 1. April 1932 werden für die nächsten vier Jahre aus dem Hauszinssteueraufkommen jährlich je 12 Proz. für Umschuldungszwecke freigestellt, die insgesamt 480 Millionen Reichsmark erbringen sollen. Ferner ist die Möglichkeit gegeben, daß sich Auslandsgläubiger an dem Umschuldungsverfahren beteiligen.

Die Ausgaben der öffentlichen Hand werden insofern eingeschränkt, als für die nächsten drei Jahre Neubauten für Verwaltungsgebäude unterbleiben, die Pensionen bei Erreichung der Altersgrenze von 80 auf 75 Prozent herabgesetzt und ferner die Höchstpensionen und die der Doppelverdiener gekürzt werden.

Die bereits angekündigte Senkung der Hauszinssteuer beträgt 20 Prozent.

Die Notverordnung beschließt sich weiter eingehend mit der planmäßigen Anstellung arbeitsloser Landarbeiter und mit der Anhebung geeigneter Erwerbsloser in den Randgebieten größerer Städte.

Aus den Bestimmungen über die Spar- und Girokassen ist die Umgestaltung der Sparkassen in selbständige Rechtspersönlichkeiten hervorzuhelien. In Zukunft müssen mindestens 30 Prozent der Sparanlagen und 50 Prozent der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten angelegt werden, wovon 10 Prozent als Liquiditätsreserve abzuführen sind. Die Anlage in Hypotheken wird auf 40 Prozent der Sparanlagen beschränkt, und dem einzelnen Kreditnehmer dürfen im allgemeinen Kredite nur bis zu 20 000 M. gewährt werden. Die Bezeichnung „Sparkasse“ wird gestrichelt.

Die Vorschriften über die Kapitalherabsetzung in erleichtertem Form sollen der deutschen Privatwirtschaft die Anpassung ihres Stammkapitals und ihrer Bilanzen an die veränderte Wirtschaftslage erleichtern. Dienstverträge mit leitenden Angestellten, deren Jahresbezüge 15 000 M. überschreiten, können vom Arbeitgeber gekündigt werden, wenn die Vertragsdauer drei Monate überschreitet.

Ein weiterer Teil der Notverordnung befaßt sich mit der Bereitstellung von Garantien zur Förderung der deutschen Wirtschaft bis zum Betrage von 30 Millionen Reichsmark, die dazu dienen sollen, den Versicherungsrisiko des inländischen Warenverkehrs zu erhalten. Das Reich tritt damit lediglich in den Kreis der Rückversicherer mit deren üblichen Rechten und Pflichten ein. Darüber hinaus wird der Finanzminister ermächtigt, zur Stützung der Mansfeld-W.G. bis zu 3 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen und bis zu 300 Millionen durch Kredite zu beschaffen.

Aus den neuen Bestimmungen über den überlandverkehr mit Kraftfahrzeugen ist hervorzuhelien, daß für die Beförderung von Gütern für Dritte auf Entfernungen über 50 Kilometer der staatliche Genehmigungsanspruch eingeführt wird mit der Maßgabe, daß kein Unternehmer die einheitlich für das ganze Reich festgesetzten Beförderungspreise unterbieten darf.

Zur Mobilisierung der Ernte ist eine Ermächtigung vorgesehen, das Recht der indossablen Lagerheime nach Bedarf weiter auszugestalten.

Ferner bestimmt die Notverordnung, daß alle Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand, soweit es sich nicht um Aktiengesellschaften handelt, einer regelmäßigen Prüfung durch sachverständige Bilanzprüfer unterzogen werden.

Auf dem Gebiete der Rechtspflege sind eine Reihe Vereinfachungs- und Organisationsmaßnahmen getroffen, so die Erhöhung der antisgerichtlichen Zuständigkeitsgrenze bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, ferner die Verhinderung einer sachlich nicht gerechtfertigten Inanspruchnahme des Armenrechts.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, Sondergerichte zur Aburteilung von Terrorakten und schweren Steuerhinterziehungen einzurichten, und zwar im Benehmen mit den Landesregierungen.

Zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen sieht die Notverordnung eine Reihe scharfer Bestimmungen vor, die sich insbesondere gegen die politische Propaganda mit illegalen Schriften hochverräterischem oder zersetzendem Inhalt richten. Der Polizei wird ferner die Möglichkeit gegeben, Sammelstätten politischer Betätigten, z. B. Heime und Verkehrslokale radikaler Verbände erforderlichenfalls zu schließen.

So verschieden der Inhalt der neuen Notverordnung ist, so einheitlich, heißt es am Schluß, sei ihre Aufgabe:

Der Regierung und der Bevölkerung die Einstellung und Umstellung auf die harten Notwendigkeiten der gesamten Lage zu ermöglichen. Entschendende Schritte in dieser Richtung werden baldigt zu tun sein.

So ist das gesamte Preisniveau rasch auf die verringerte Kaufkraft der Konsumenten einzustellen, die Produktionskosten ausreichend herabzusetzen und zu dem natürlichen Verhältnis der Preise der einzelnen Warengruppen zurückzuführen, das sich aus den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen und aus dem Gebrauchswert der Waren in großem Rahmen des gesamten Wirtschaftsverkehrs ergibt. Auch im

Außenhandel und in der Devisenbewirtschaftung muß der außerordentlichen Lage Rechnung getragen und den Mahnungen des Lipton-Berichts gefolgt werden, der vor vermeintbarem Einführen warnt.

### Die Konferenz im Weißen Haus Erklärungen Hoovers

W.B. Washington, 7. Okt. (Tel.) Auf der außerordentlichen Konferenz des Weißen Hauses, die mit großer Spannung erwartet wurde, befürwortete Hoover bringende Maßnahmen zur Erleichterung finanzieller Kredite. An der Sitzung nahmen 16 Senatoren und 16 Mitglieder des Repräsentantenhauses teil. Unter diesen befanden sich Unterstaatssekretär Castle, Ogden Mills, Eugen Meyer, der Vorsitzende des Federal-Reserve-Boards. Die von Präsident Hoover abgegebenen Erklärungen befragen u. a.:

Die lange Dauer der Depression, die auf die Ereignisse in Europa zurückzuführen ist und die Waren- wie die Wertpapierpreise in Mitleidenschaft zieht, hat mannigfach in den Vereinigten Staaten Befürchtungen hervorgerufen, die angesichts der tausendfältigen Hilfsquellen unseres Landes förmlich ungerechtfertigt sind. Um der gänzlich anormalen Lage zu begegnen und das Vertrauen möglichst bald wieder herzustellen, ist ein einheitliches Vorgehen unserer Bankiers und eine kooperierende Aktion der Regierung ein wesentliches Erfordernis. Hoover schlägt dann ein Aktionsprogramm vor. Er ersucht zunächst die Bankiers der Vereinigten Staaten, einen Fonds von mindestens 500 Mill. Dollars zu gründen. Der Zweck dieser Initiative soll sein, Kontostellen zu diskontieren, die jetzt zum Diskont bei den Bundesreservebanken für nicht geeignet gehalten werden. Ferner werde er, wenn nötig, die Bildung einer Finanzgesellschaft zur Stützung des Kredit empfehlen, die in ihrem Charakter und Zweck der Finanzgesellschaft ähneln soll.

Er werde mit Laval bei seinem Besuche die Frage weiterer Arrangements, wie sie in der Zeit der Depression in Bezug auf die internationalen Regierungsschulden notwendig werden, besprechen. Die Politik der amerikanischen Regierung in dieser Frage ist von mir in einer Erklärung am 20. Juni bekanntgegeben worden, in der der amerikanische Vorschlag für ein einjähriges Moratorium mitgeteilt wurde. In dieser Hinsicht wird unsere Aufgabe in einer solchen Anpassung bestehen, die in der Zeit der Depression gleichzeitig uns selbst und der Welt Hilfe gewährt. Wir stehen großen Schwierigkeiten gegenüber, die wir selbst nicht bewältigen können. Das amerikanische Volk kann durch sein Beispiel Hoffnung und Vertrauen dem eigenen Lande und der übrigen Welt geben.

### Die amerikanische Presse zur Lage in Deutschland

W.B. Washington, 7. Okt. (Tel.) Die Berichte des Senators Allen, daß Deutschland sich ernstlich bemühe, sein Budget in erträglichen Grenzen zu halten, machten in der hiesigen Presse einen guten Eindruck, und des Reichsstaatskanzlers Erklärung, daß man trotz aller eigenen, durch Notverordnungen übernommenen Opfer doch einer internationalen Zusammenarbeit bedürfte, wurde in den Bandelungen des Weißen Hauses mehrfach zitiert. Genau wie die Kongreßmitglieder im Juni dem Hoover-Moratorium sofort großzügig zustimmten, obwohl es einen schweren Anfall für das eigene Budget bedeutete, hat sich gegen die Erörterung einer Verlängerung des Moratoriums bisher keinerlei Opposition erhoben.

### Kurze Nachrichten

Zu größeren ErwerbslosenDemonstrationen kam es am Dienstagvormittag im Berliner Stadtteil Neukölln. Dem überfallkommando gelang es, die Demonstranten zu zerstreuen. Einen Versuch, ein nationalsozialistisches Verkehrslokal zu überfallen, verhinderte die Polizei ebenfalls.

Wichtig verläßt die SPD. Der frühere sozialdemokratische preussische Innenminister Professor Dr. Waentig hat seinen Austritt aus der SPD. erklärt, da die SPD. an der Demokratie rütteln lasse.

Der Aka-Kongreß, der in Leipzig tagt, fordert in einer Entschließung u. a. die 40-Stunden-Woche und einen von der Gewerkschaft getragenen Wirtschaftsplan „an Stelle der kapitalistischen Anarchie“. In einer Resolution zum Tariffreud, die davon ausgeht, daß bereits jetzt eine durchschnittliche Einkommenserminderung von 25 Proz. festzustellen sei, wird der Tarifvertrag neben der Arbeitslosenunterstützung als der einzige Ball vor dem völligen Zusammenbruch der Lebenshaltung von Arbeitern und Angestellten bezeichnet. Alle Pläne, ihn zu beseitigen, werden mit aller Schärfe abgelehnt.

Am die Sonntagsruhe im elässischen Bädergewerbe. Die Strahburger Bädergesellen haben eine stark besuchte Kundgebung veranstaltet, in der sie für die Einführung der völligen Sonntagsruhe im Bädergewerbe, d. h. eine Arbeitspause von Samstagabend bis Montagmorgen fordern. Die Gewerkschaften sind mit der Bewegung einverstanden. Unter den Meistern aber machen besonders die Jaderbäder Schwierigkeiten, weil sie am Sonntag ihren wichtigsten Absatztag haben und dafür frische Ware brauchen.

Ausscheidung des englischen Unterhauses beschlossen. Die Reuter meldet, ist es nun sicher, daß das Unterhaus heute aufgelöst wird und daß die Wahlen am 27. Oktober stattfinden.

Die englische Atlantische Flotte ist jetzt zu den Übungen ausgelaufen, die infolge der bekannten Vorgänge aufgeschoben worden waren.

Der spanische Ministerpräsident Zamora hat in der gestrigen Sitzung der Kammer seine Demission eingereicht, sie jedoch nach einer Aussprache wieder zurückgezogen.

Wegen des chinesisch-japanischen Konflikts wird in Völkerverbandssekretariatskreisen davon gesprochen, daß nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge der Völkerverband wahrscheinlich zu der vorgesehene Sitzung am 14. Oktober zusammenzutreten werde.

Der neue Rektor der Straßburger Universität. Über die Persönlichkeit des neu ernannten Rektors der Straßburger Universität scheint allein der „Erfasser“ von der Straßburger Presse nähere Kenntnis zu haben. So schreibt dieses Blatt, es habe Grund zu der Annahme, daß die Politik nicht das ausschlaggebende Wort bei der Ernennung des Herrn Pfister gesprochen habe, sondern die Erwägung, daß auf diesen Posten vor allem ein Fachmann gehöre. Der neue Rektor werde als Kenner und Lehrer der deutschen Sprache allen willkommen sein, die für die Förderung der Zweisprachigkeit eintreten. Jedoch wiederholt der „Erfasser“ in diesem Zusammenhang seine Forderung, daß von den Funktionen des Rektors der Universität die Leitung des gesamten provinziellen Schulwesens abgetrennt werde. Bei der Ernennung selbst ist dieser Forderung jedenfalls keine Beachtung geschenkt worden. Es würde auch das erste Mal gewesen sein, daß ein vernünftiger Vorschlag aus dem Elfaß in Paris Gehör findet.



# Badischer Teil

## Dr. Mattes über die Deckungsmöglichkeiten des badischen Sehlbetrags

Finanzminister Dr. Mattes hielt in einer Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei in Heidelberg ein Referat über das Thema: „Finanzkrisis und Regierungsmassnahmen“, in dessen Verlauf er auch einige Ausführungen über das zu erwartende neue badische Notgesetz machte.

Bekanntlich müssen durch dieses Gesetz 10 Mill. Reichsmark gedeckt werden, die durch Verminderung der Reichsüberweisungen entstanden sind. Diejenigen Vorschläge des Spargutsachens, die sofort verwirklicht werden können, sollen auch sofort verwirklicht werden, wodurch 4 Mill. Reichsmark eingespart würden. Weitere 2,8 Mill. Reichsmark sind durch Neuanlagen deckungsfähig, 2 Mill. Reichsmark werden auf dem Gebiete der Wohnungspolitik gedeckt. Der Rest müsse zunächst ungedeckt bleiben. Finanzminister Dr. Mattes betonte, daß im badischen Haushalt selbst bisher kein neuer Sehlbetrag entstanden ist. Die durch das neue Notgesetz getroffenen Massnahmen sind lediglich als Vorstufe für die kommenden Wintermonate anzusehen.

In einer Unterredung mit dem Hauptschriftleiter des „Karlsruher Tagblatt“ hatte der Finanzminister im Zusammenhang mit der neuen badischen Notverordnung auch von der Möglichkeit einer Fiskalsteuer (Varenssteuer) und Konsumsteuer (Varenssteuer) gesprochen. Wie die „Volkstimme“ dazu, erzählt, werde eine solche Steuer in der badischen Notverordnung nicht enthalten sein.

## Aus den Parteien

Der badische Landesvorstand des Bundes der religiösen Sozialisten tagte am Dienstagabend in Mannheim, um zum Übertritt von Pfarrer Ebert, Mannheim, zur Kommunistischen Partei Stellung zu nehmen. An der Sitzung, die sich sehr lange hinzog, nahm auch Pfarrer Ebert teil und gab seine Zustimmung zu einer Erklärung des Landesvorstandes, in der es heißt, daß der Bund schon immer seinen Mitgliedern die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialistischen Partei nicht vorgeschrieben habe. Sie könnten jeder der bestehenden marxistisch-sozialistischen Parteien angehören. Die Zugehörigkeit zu einer bürgerlichen Partei bleibe nach wie vor ausgeschlossen. Gegen den Beitritt des Pfarrers Ebert bestehen darum vom Bund aus keine Bedenken, da die K.P.D. ihm die Freiheit seiner weltanschaulichen Überzeugung auch als Mitglied der K.P.D. zugebilligt habe. Pfarrer Ebert führt weiter die Geschichte des Bundes. In die Schriftleitung des Bundesorgans, in der weiterhin Pfarrer Ebert bleibt, tritt als gleichberechtigter und mitverantwortlicher Pfarrer Schenkel, Stuttgart-Zuffenhausen ein. — Pfarrer Ebert, Mannheim, der auch als Religionslehrer an der Höheren Mädchenschule in Mannheim tätig ist, verabschiedete sich am Dienstag von seiner Klasse und erklärte beim Abschied, er sei überzeugter Kommunist geworden. Er wolle versuchen, die Gedanken des Kommunismus und der christlichen Kirche zu vereinen.

## Aus der badischen Industrie

**Aus der Zigarrenindustrie.** Die Firma Jakob, Mannheim, wird zum 15. Oktober ihre drei Filialen in Kirchardt (Amt Wiesloch) schließen. Den Arbeitern ist bereits gekündigt. — Die Firma B. N. Landfried hat in ihrer Filiale Raunberg (Amt Wiesloch) die Arbeitszeit weiter gekürzt. Nachdem vor einigen Monaten schon die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden von 48 auf 32 herabgesetzt worden war, erfolgte in der letzten Woche eine weitere Einschränkung auf 24 Stunden.

**Betriebsbeschränkung der Konzerner.** Wie bekannt wird, haben die Konzerner, elektrochemische Fabriken G. m. b. H. in Waldshut, beim Landesminister Antrag auf Entlassungsbewilligung eines Teiles der Belegschaft des Werkes gestellt. Während zuerst von einer Entlassung von 150 bis 200 Personen die Rede war, soll es sich jetzt noch um 100 Personen handeln, die von dieser Maßnahme voraussichtlich im Monat Dezember betroffen werden. Für die übrige Belegschaft soll Kurzarbeit eingeführt werden. Die Maßnahme ist für über den Winter vorgesehen.

Die Firma Spinnerei & Weberei Steinen (bei Lörrach) sieht sich infolge des eingetretenen Arbeitsmangels veranlaßt, in verschiedenen Abteilungen ihres Betriebes die Arbeitszeit von 48 auf 32 Stunden zu verkürzen.

## Aus der Landeshauptstadt

### Die Ausstellung „Kampf dem Krebs“ eröffnet

Heute, Mittwoch vormittag, versammelten sich in der Landesgemerbehalle in Karlsruhe zahlreiche Damen und Herren aus den Kreisen aller Organisationen, die mit der Gesundheitspflege irgendwie in Verbindung stehen, ferner die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Stadtverwaltung, Kirchen, sowie Ärzteschaft, Krankenläsien usw. Man bemerkte u. a. den Obermedizinalrat Dr. Schmiedler vom Ministerium des Innern und Oberregierungsrat Frhr. von Babo, der in diesem Ministerium das Versorgungsweesen betreut, den Präsidenten der Reichsbahndirektion, Frhr. von Els-Rübenach und Polizeidirektor Gausler, ferner die Vorstände des Landesgemerbeamten, Gewerbeaufsichtsamts und Landesstat. Amts, die Oberregierungsräte Bucerius, Emelo und Dr. Vogt. Auch die Organisationen der Wirtschaft und Arbeitnehmer waren vertreten.

Der 1. Vorsitzende des Bad. Landesverbandes zur Bekämpfung des Krebses, Präsident Kaufs, richtete an die Anwesenden herzliche Begrüßungsworte, wobei er den Vertretern der Presse besonderen Dank sagte für die den Bestrebungen des Landesverbandes bewiesene Unterstützung. Er unterstrich den aufklärenden und belehrenden Zweck der Ausstellung und wies auf die Organisationen hin, die sich die Erforschung und Bekämpfung der Volksseuche zum Ziele gesetzt haben.

Es folgte ein Vortrag des Oberarztes Dr. Weib, des Leiters der Fürsorge- und Beratungsstelle für Geschwulstkranke in Karlsruhe, über das Thema „50 Jahre Krebssterblichkeit in Karlsruhe“, und danach die Führung durch die Ausstellung. Während der Dauer derselben finden im Bürgerhalle des Rathauses einige wissenschaftl. Vorträge statt. Die vom Deutschen Hygienemuseum in Dresden veranstaltete Schau hat den Charakter einer Wanderausstellung; sie war zuletzt in Heidelberg.

**40 Jahre Karlsruher Fußballverein.** Der Karlsruher Fußballverein, der älteste und einer der traditionsreichsten süddeutschen Vereine, feiert am 11. Oktober das Jubiläum seines 40jährigen Bestehens.

**Das Fleisch wird billiger.** Auch die hiesige Metzgereiung hat mit Wirkung vom heutigen Tage eine Senkung der Fleischpreise eingeleitet. U. a. kostet Rindfleisch erster Güte 90 Pf. statt bisher 11. Auch die Wurstsorten wurden um 10 Pf. im Preise ermäßigt.

**Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Mittwochmorgen:** Der hohe Druck hat sich weiter nach Südosteuropa zurückgezogen, so daß jetzt die bei den Kar-Deer liegende Depression auch in unser Gebiet maritime Luft vorzudringen wird. Voraussicht: wolkig und mild, streichweise Regenschauer bei frischen südwestlichen Winden.

**Wasserstände:** Waldshut 254 minus 8, Basel 60 unv., Schutterinsel 119 minus 6, Rehl 263 minus 6, Wargau 431 minus 2, Mannheim 322 minus 1, Gaub 219 Zentimeter.

## Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 60) enthält Verordnungen: des Justizministers über Änderung des Landesjustizvollzugsgefängnisses, des Ministers des Innern: Hebammenwesen; und eine Bekanntmachung des Ministers des Innern: Vornahme einer Viehzählung am 1. Dezember 1931.

**DB. Mannheim, 7. Okt.** Im August wurden am Mannheimer Hauptbahnhof rund 177 000 Fahrkarten verkauft, gegenüber 219 000 im gleichen Monat des Vorjahres. Auch im Juli blieb der diesjährige Kartenverkauf gegenüber dem des Vorjahres um 35 000 zurück.

**DB. Offenburg, 1. Okt.** Nachdem von der Verteidigung die Berufung gegen das Urteil im Prozeß gegen den Kaufmann Fäßler wegen Kontursverbrechens, Betrugs usw. zurückgenommen worden ist, und auch die Staatsanwaltschaft daraufhin ihre Berufung zurückgezogen hat, ist das Urteil, das eine mehrjährige Strafe vorsieht, rechtskräftig geworden.

**DB. Freiburg, 6. Okt.** Mit dem um 17.41 Uhr hier eintraffenden Rheingold-Zug ist Dr. Bernhard Willinger von der Rautitus-Expedition heute wieder in seine Heimatstadt Freiburg wohlbehalten zurückgekehrt. Auf dem Bahnhof wurde ihm durch seine Angehörigen und zahlreiche Sportkameraden des Skiclub Schwarzwald ein herzlicher Empfang zuteil.

**DB. Füllinsdorf, 6. Okt.** Der Gemeinderat beschloß in seiner letzten Sitzung, Gutsteine für den Hausbettel einzuführen. Dieselben sind für je 3 Pf. auf dem Rathaus zu kaufen.

und haben den Zweck, daß dem Verteilungswesen gesteuert wird und die erbetelten Gelder auch der hiesigen Wirtschaft wieder zugute kommen.

## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank

	7. Oktober		6. Oktober	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	169.83	170.17	169.48	169.82
Kopenhagen 100 Kr.	94.16	94.34	—	—
Italien . . . 100 L.	21.58	21.62	21.48	21.52
London . . . 1 Pf.	16.43	16.47	16.08	16.12
New-York . . . 1 D.	—	—	—	—
Paris . . . 100 Fr.	—	—	16.70	16.74
Schweiz . . . 100 Fr.	82.52	82.68	82.42	82.52
Wien 100 Schilling	50.70	50.80	53.45	53.55
Prag . . . 100 Kr.	12.482	12.502	—	—

Über die Lage der Reichsbank wird aus Berlin mitgeteilt, daß die Devisenabzüge, die bereits am Samstag auf 7 Millionen RM zurückgegangen waren, am Montag weiter auf einen Bruchteil dieser Summe gesunken sind. Auch die übrige Beanspruchung der Reichsbank vollzieht sich in durchaus tragbaren Formen, so daß im Augenblick weder an Diskontenerhöhung, noch an generelle Kreditrestriktionen gedacht wird. Lediglich in einzelnen Fällen, besonders dann, wenn Exportdevisen infolge der neuen Bestimmungen nur käuflich abgeliefert werden, behält sich die Reichsbank individuelle Kreditfutzungen vor.

**Sanjabank, Mannheim stellt die Zahlungen ein.** Die Sanjabank e. G. m. b. H., Mannheim, teilt mit, daß sie sich infolge andauernder starker Abhebungen von Einlagen gezwungen sah, ihre Schalter Dienstag nachmittag zu schließen, nachdem ihre Bemühungen, weitere flüssige Mittel zur Aufrechterhaltung des Betriebes zu erhalten, erfolglos geblieben seien. Bei der starken Entwertung fast aller Kreditunterlagen (Wertpapiere, Grundstücke jeder Art usw.) — ganz abgesehen von der Wertminderung der Außenstände selbst — wird mit erheblichen Verlusten gerechnet werden müssen. Ob diese das zur Zeit rund 130 000 RM betragende Eigenkapital (Reserven und Geschäftsausgaben) übersteigen, läßt sich augenblicklich noch nicht übersehen. Die Sanjabank ist eine Genossenschaftsbank, die seit etwa zehn Jahren besteht. Ihre Genossen gehören dem Mittelstand, vorwiegend Handwerkerkreisen, an. Sie ist dem Verband der Wirtschaft- und Erwerbsgenossenschaften am Mittelrhein e. V., Wiesbaden, angeschlossen, der auch die Revisionsstätigkeit bei ihr übernahm. Sie besitzt in Schwabingen eine Depofitentasse. („N. Bad. Landesztg.“)

**Badische Baumwollspinnerei und Weberei Neudorf (bei Eitingen).** In der heutigen Generalversammlung wurde ein bisheriges Vorstandsmitglied in den Aufsichtsrat dieses Unternehmens gewählt. Es wurde ferner mitgeteilt, daß seit Anfang vorigen Jahres der Verlust der Gesellschaft die Hälfte des Aktienkapitals überschritten habe. Argend welche bemerkenswerte Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

**Zahlungseinstellung der Volksbank zu Dresden.** Die 1891 gegründete Volksbank zu Dresden e. G. m. b. H., mußte am Dienstag wegen Zahlungsschwierigkeiten ihre Schalter schließen. Diese Maßnahme hatte sich wegen der starken Abhebungen als notwendig erwiesen. Die Bank hat ein Moratorium für alle Zahlungen vorgeschlagen.

**Noch keine Stabilisierung des Bundes.** Die „Times“ schreibt, daß die Stabilisierung des Bundes auf einer bestimmten Höhe in der nächsten Zukunft nicht wahrscheinlich sei, da England widerwillig Geld leihne, zur Erhaltung seiner Währung vom Auslande borgen zu müssen.

**Österreich stellt den Postanweisungsverkehr nach dem Ausland ein.** Die Wiener Postdirektion verfügte am Dienstag die Einstellung des Postanweisungsverkehrs bis auf weiteres nach dem gesamten Auslande, nachdem am Montag bereits eine teilweise Sperrung des Postanweisungsverkehrs erfolgt war. Der Grund zu der Maßnahme ist die Beobachtung, daß infolge der Kursdifferenz ausländischer Währungen bei der amtlichen Umrechnung und im freien Handel mittels Postanweisungsverkehr Spekulationen einsehen.

**Die Goldausfuhr der Vereinigten Staaten.** Im Verlaufe der letzten Woche haben die Vereinigten Staaten Gold im Werte von 115 Millionen Dollars ausgeführt.

Die vom Stadtrat Offenburg beantragte Neueinteilung der auf Gemarkung Offenburg gelegenen Grundstücke

Stück Nr.	1377	1333	1364 b	1373	1372	1365
1336	1	1	1	1	1	1
1372	1	1	1	1	1	1
1374	1	1	1	1	1	1
1375	1	1	1	1	1	1
1377	1	1	1	1	1	1
1378	1	1	1	1	1	1
1380	1	1	1	1	1	1
1388	1	1	1	1	1	1
1371	1	1	1	1	1	1
1379	1	1	1	1	1	1
1366	1	1	1	1	1	1

mit nach Maßgabe des darüber entworfenen, vom Stadtrat genehmigten und mit entsprechendem diesseitigem Vermerk versehenen Planes vom 26. Februar 1930 auf Grund des § 19 des Ortsstatutgesetzes für vollzugsreif erklärt.

Als Zeitpunkt für den Übergang des Eigentums und der Rechte dritter Personen wird der 1. November 1931 bestimmt.

Offenburg, den 30. September 1931.  
Bad. Bezirksamt.

## Bad. Lichtspiele / Konzerthaus

Wiedereröffnung Mittwoch, 7. Oktober, 20.30 Uhr

### Sankt Elisabeth in unsern Tagen

Landgräfin Elisabeth von Thüringen

Wartburg — Kreuzburg — Kloster Reinhardsbrunn  
Italien — Assisi — Portiuncula u. a. m.  
„Auf der Akropolis von Baalbek“

Wiederholungen täglich bis Mittwoch, 14. Oktober, jeweils 17 u. 20.30 Uhr

Sonntag nur 16 Uhr — Große musikalische Begleitung  
Ermäßigte Preise: RM. 0,50, 0,80, 1,20 (auch für Jugendliche). Kartenverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße und Holzschuh, Werderstraße 48 und Büro, Klauerechtr. 1

## Jagdverpachtung

Das bad. Forstamt Philippsburg verpachtet in öffentlicher Versteigerung am Mittwoch, den 21. Oktober 1931, vorm. 9<sup>1/2</sup> Uhr, auf dem Geschäftszimmer des Forstamts in Philippsburg die Ausübung der Jagd in dem staatl. Jagdbezirk Untere Lühhardt III auf die Dauer von 6 Jahren vom 1. Februar 1932 bis 31. Januar 1938.

Der Jagdbezirk liegt auf Teilen der Gemarkungen Weisental, Kirchlach, Baghäufel, Oberhausen, Rheinhausen, Althühheim, süd-

westlich der Kriegbach und umfaßt 927 ha Staatswald, 284 ha Feld und 7 ha Wiesen = zusammen 1218 ha. A. 658

Die Pachbedingungen liegen auf dem Geschäftszimmer des Forstamts in Philippsburg zur Einsicht auf.  
Karlsruhe. A. 248  
Güterrechtsregister-Einträge. 1. Zu Band II, Seite 163; 2. Seite 164; Diesberger Erich, Kraftwagenführer, Karlsruhe und Anna geb. Harßon. Vertrag vom 5. September 1931: Gütertrennung. 29. IX. 1931.

3. Seite 165: Dr. jur. phil. Geyer Karl, Schriftsteller, Karlsruhe und Margarete geb. Müller. Vertrag vom 11. September 1931: Gütertrennung. 30. IX. 1931.

4. Seite 166: Kieselhorst Paul, Konditor, Karlsruhe und Klara Lisette geb. Weber. Vertrag vom 10. Juli 1931: Ertragsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 3. X. 1931.  
Amtsgericht Karlsruhe.

Johann Mannberg, Güterbestätter in Karlsruhe, beabsichtigt auf dem Anwesen Nebenstr. 36 hier, Benzin bis zu 5000 Liter in zwei unterirdischen Lagerbehältern da u e r n d zu lagern.

Etwaige Einwendungen gegen die beabsichtigte Lagerung sind binnen 14 Tagen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder mündlich zu Protokoll beim Bezirksamt oder beim Herrn Oberbürgermeister hier anzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verfallen gelten. Gesuch und Pläne liegen während dieser Zeit auf dem Rathaus, Zimmer 128, zur Einsichtnahme auf.  
R. 657  
Karlsruhe, den 29. September 1931. C. 3.58  
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion.

Fr. 9. 10. Die Frau ohne Schatten. Sa. 10. 10. Neu einstudiert: Simson. So. 11. 10. Zum erstenmal: Die Prinzessin auf dem Seil. Im Konzerthaus: Herr Lambert hier.

## Badisches Landestheater

Donnerstag, 8. Okt. 1931

Volkstheater:  
Oktobervorstellung

Vorunterfuchung

Schauspiel von Alsborg und Hesse

Regie: v. d. Trenck

Mitwirkende:  
Vertram, Frauendorfer, Genter, Rademacher, Seiling, Brand, Ernst, Göder, Kienckert, Hoebe, Luther, Müller, Pritter, Schulze, Kuhn, S. Müller, Seibert

Anfang 19<sup>1/2</sup>, Ende 22

Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigehalten

## Jagdverpachtung

Die Gemeinde Gerpach, Amt Schopfheim, verpachtet am 19. Oktober, nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathaus die Ausübung der Jagd auf Gemarkung Gerpach und der Enklave Obrenlöpfe, Gemeinde Niedbich, mit einer Gesamtfläche von ca. 2300 ha, auf 9 Jahre. Die Bedingungen können auf dem Rathaus eingesehen und werden vor der Versteigerung bekannt gegeben.  
R. 653

Der Gemeinderat.

Insertieren bringt Gewinn

## Mantelstoffe

empfehlen L. 454

Wilh. Braunagel, Herrenstr. 7

## PORPHYRWERK DOSSENHEIM

25% billiger sind jetzt meine echten Neidschnuckenstelle

Marke „Eskimo“, schneeweiß, silber u. dunkel, Pr. 8.-, 10.-, 12.-, Prachtst. 14.- RM. Preis überall hin franko. Fr. Heuer, Rethem-A., Kürschnerstr. Gegr. 1850. L. 433

## STRASSENBAU-MATERIAL



# Badische Kultur und Geschichte

Nr. 40

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 233

7. Oktober 1931

## Mehr Geographie auf unseren höheren Schulen!

Von Prof. Dr. A. Baumhauer, Billingen

Im Vordergrund der Erfahrungen, die wir Deutschen nach der harten Schule der Kriegs- und der Nachkriegszeit gesammelt haben, steht die bittere Erkenntnis, daß wir manche Enttäuschung, manches Mißgeschick unserer Weltfremdheit zu verankern hatten, dem Umstand, daß wir uns nur zu oft ein durchaus falsches Bild machten von den Ländern der Erde, ihren Bodenverhältnissen, ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten, ihren Machtmitteln, ihren politischen Bedürfnissen, daß wir der Volksseele selbst der unmittelbaren Nachbarvölker nicht genügend Verständnis entgegenbrachten. Mit vollem Rechte schrieb Paul Wagner im Jahre 1919 im Vorwort zu seiner „Methodik des erdkundlichen Unterrichts“: „Mehr als je müssen unsere Bildungsgüter in den Dienst der rauhen Wirklichkeit und des harten Daseinskampfes gestellt werden. Der Erdkunde wird dabei eine wichtige Aufgabe zugewiesen sein; ihre Stellung in der neuen Schule wird angelehener, aber auch verantwortungreicher sein.“

Hat die Lehrerschaft Badens von sich aus durch Anpassung ihrer Unterrichtsmethode an die Bedürfnisse der Zeit, in der Durchführung des Arbeitsunterrichtes ihr Möglichstes getan, so ist dagegen das unbedingt notwendige Werk der Lehrplankommission für die verschiedenen höheren Schulen Badens über erste Anfänge noch nicht hinausgekommen. Nach wie vor wird den einzelnen Unterrichtsfächern im Lehrplan die Bedeutung zugebilligt, welche sie schon in der Vorkriegszeit einnahmen, obwohl sich ihre Bewertung für unsere heutigen Bedürfnisse recht verschoben hat. Die Geographie ist das Konzentrationsfach, das den Anschluß zwischen den verschiedensten Fächern der höheren Schulen vermittelt; die Geographie, die Lehre vom Lebensraum der Völker mit allen seinen physikalischen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Möglichkeiten, ist in Wahrheit das lebensnaheste Fach, das praktisches Wissen in bunter Fülle vermittelt, wie kein anderes, und dennoch ist die Geographie in Baden das Stiefkind im Lehrplan und in der Stundenverteilung geblieben.

Trotz aller offizieller Anerkennung ihres praktischen Wertes, ist die Stellung, welche die Geographie nach wie vor an den badischen höheren Schulen einnimmt, nicht bedeutend. Während die übrigen deutschen Länder nach dem Kriege den Geographieunterricht in den Oberklassen bis zum Abitur durchgeführt haben, wird er in Baden nur in den Unter- und Mittelklassen gegeben. Das Gymnasium und die Oberrealschule kennen den Geographieunterricht nur bis zur Obertertia, im Realgymnasium ist die Geographie bis einschließlich Untersekunda mit insgesamt 11 Wochenstunden vertreten. Allein die höheren Mädchenschulen haben Geographieunterricht bis in die Oberklassen, wenn auch in der ganz ungenügenden Form von je einer Wochenstunde. Während des Krieges, da die Bedeutung eines von Fachlehrern geleiteten, lebendigen geographischen Arbeitsunterrichtes schlagend bewiesen war und allseits anerkannt wurde, suchte das badische Unterrichtsministerium der Erdkunde zwar eine Lebensmöglichkeit an den oberen Klassen der höheren Schulen zu verschaffen, ohne aber anderen Fächern wehe tun zu wollen, deren durch alte Tradition gestiftete Stellung man nicht anzutasten wagte.

So kam der Kompromiß zustande, welcher durch Erlass vom 7. Juli 1916 für die badischen Realgymnasien geschaffen wurde. Es heißt hier, daß in sämtlichen Schulen und in allen Klassen, in denen Erdkunde nach dem bisherigen Lehrplan nicht mehr als selbständiges Fach genannt sei, in jedem Tertial mindestens 10 Stunden abwechselnd aus den übrigen Fächern für Geographie auszuaparen seien, daß bis herauf zu den Primen besondere Noten in Erdkunde gegeben werden müßten. Wie steht es aber heute mit der damals verlangten „gewissenhaften Einhaltung“ dieser Verordnung betreffend Einführung von Geographieunterricht in Obersekunda, Unter- und Oberprima? Die große Mehrheit der Realgymnasien kennt schon seit Jahren in den Oberklassen keinen Geographieunterricht mehr. Mit der ganz ungenügenden einen Wochenstunde in Untersekunda ist dieses für alle Berufe des heutigen Lebens so wichtige Fach trotz ministerieller Verfügung vom 7. Juli 1916 für unsere Schulen erledigt.

In einem Aufsatz in den „Südwestdeutschen Schulblättern“ im Jahre 1928 schrieb ich: Die Geographen in Baden haben von dem neuen Lehrplan, der, den neuzeitlichen Erfordernissen entsprechend, Geographie bis zur Prima bringen müßte, wie dies in den anderen Staaten der Fall ist, noch alles zu erwarten.“ Dieser Satz gilt heute im Jahre 1931 noch wie 1928, wie vor dem Kriege. In einem Aufsatz über die Ausbildung der Geographielehrer in der „Geographischen Zeitschrift“ macht A. Krause folgende, für uns Badener im ehemaligen „Musterlande“ recht beschämende Feststellungen: „Am meisten im Rückstand sind noch immer die Verhältnisse

in Baden. — Dabei sei darauf hingewiesen, was noch zu wenig im Reich bekannt ist, daß Baden als einziger Staat noch immer in der Oberstufe der höheren Schulen keinen Geographieunterricht hat. Mit Griechenland und Lettland verharren die badischen höheren Schulen in einem geradezu unwürdigen Zustand, und dies noch in der Zeit der Weltwirtschaft und Weltpolitik, deren Bedeutung für jeden Staatsbürger und damit natürlich auch für die Schule anerkannt ist.“

Der Wiederaufschwung der halben Maßnahmen des Erlasses vom Jahre 1916, wonach die Geographie nur wie durch eine Hintertüre in den Lehrplan der oberen Klassen gelangte, obgleich sonst in aller Öffentlichkeit ihre Bedeutung bereitwilligst anerkannt wurde, soll an dieser Stelle sicher nicht das Wort geredet werden. Was verlangt werden muß, das ist die stundenplantechnisch einwandfreie Festlegung des geographischen Unterrichts mit zwei Wochenstunden in Obersekunda, Unter- und Oberprima. Das Ergebnis des Unterrichts bei einer Wochenstunde ist bekanntermaßen infolge des durch die Notwendigkeit der Anknüpfung an früher Besprochenes bedingten Zeitverlustes so gering, daß der einstündige Unterricht nicht in Frage kommen kann, soll wirklich Ersprießliches geleistet werden. Sind in UI und OI des Realgymnasiums die Physik mit 3 und die Chemie mit 2 Wochenstunden vorgegeben, so dürften der Geographie, welche, wie schon betont, die mannigfaltigsten Verknüpfungen zwischen den Fächern herstellt und so nicht nur sich allein dient, 2 Stunden wohl zugebilligt werden können.

Ein äußerst reichhaltiger Stoff böte sich zur Besprechung dar, bei offizieller Zulassung des Geographieunterrichtes in den Oberklassen. Es sollen hier nur einige wichtige Kapitel herausgehoben werden, deren Behandlung aber modulationsfähig bleiben soll zur Erläuterung jeweils aktueller Probleme. Zu behandeln wären z. B. Fragen der physischen Geographie, die geographischen Erscheinungen der Erdoberfläche betrachtet am Erdganzem, die Veränderungen der Erdoberfläche durch innen- und außenbürtige Kräfte, die Wirkungen der Luftkühle und des Wassers auf die Erdoberfläche (Klimatologie und Hydrographie).

Im Zusammenhang müßten Landschafts-, Vegetations- und Klimagürtel der Erde dargestellt werden. Anschließend würden behandelt werden Wirtschafts-, Verkehrs- und Siedlungsgeographie, ferner Anthropogeographie, der Mensch in seinen Beziehungen zur Erde, in seinen Kulturstufen unter besonderer Berücksichtigung der Kulturgeographie Deutschlands. Folgen würden die Grundzüge der politischen Geographie und die Leitlinien der Geopolitik. Von besonderer Bedeutung würde eine eingehende Besprechung des Deutschums im Ausland und seiner Miete sein. Großen Anreiz auf die Schüler würde gewiß eine geschichtlich-geographisch orientierte Darstellung der Entdeckungs- und Forschungsreisen ausüben.

Neben diese Probleme könnte eine vertiefte Länderkunde bestimmter Ländergruppen von gewissen Gesichtspunkten aus treten, z. B. des englischen Weltreiches, Mitteleuropas, der Mittelmeerländer, der Großmächte der Welt, der germanischen Staaten, Osteuropas usw. Neue Möglichkeiten zur Anregung des Interesses der Schüler, zur Betätigung des praktischen Sinnes und zur Ventilierung verschiedenster geographischer Fragen brächte z. B. auch die Zusammenstellung und Besprechung einer Weltreise mit sich.

Aus dieser unvollständigen Aufstellung ergibt sich schon der Umfang der geographischen Fragenkomplexe, die alle aufs innigste mit den Bedürfnissen unserer modernen Kultur verknüpft sind; es läßt sich daraus aber auch erkennen, wie wenig von all diesem geographischen Unterrichtsstoff bisher auf unseren Schulen gelehrt werden konnte und wieviel Wertvolles dabei verabsäumt wurde zum Schaden unserer Jugend. Der geographische Unterricht auf der Oberstufe soll unserer Jugend die Möglichkeit geben, den Zeitfragen und Notwendigkeiten Verständnis entgegenzubringen, im Fluß des Lebens zu bleiben, er soll ihr die Weltfremdheit nehmen, die uns Deutschen nur zu lange schon anhaftet.

## Eisenbahnwagen a. D.

Die Eisenbahnwagen haben ein bewegtes Leben hinter sich, wenn sie nach langjähriger Dienstzeit in den Ruhestand versetzt werden. Es sind anstrengende Tage, wenn so ein Schnellzugswagen in Basel morgens um 7 Uhr auf die Reise geschickt wird, und erst wieder abends nach 10 Uhr im Anhalter Bahnhof in Berlin die Räder für einige Stunden still stehen. Schon früh um 9 Uhr am anderen Morgen beginnt die Rückreise, und um 1/2 12 Uhr abends ist der Heimatbahnhof wieder erreicht. In zwei Tagen läuft dieser Wagen 1700 Kilometer. Ein bewegtes Leben hinterläßt Spuren. Deswegen schickt die Reichsbahn ihre Personenzüge nach einem Laufweg von 75 000 Kilometer zur Untersuchung und Instandsetzung in das Ausbesserungswerk. Nach je 6 bis 8 Jahren werden die Wagen vielfach bis auf das Gerippe abgerüstet, in allen Teilen gründlich instandgesetzt und wie neu hergerichtet. Diese planmäßige Unterhaltung bürgt für unbedingte Betriebssicherheit auch der älteren Fahrzeuge. Es ist ein weitgereifter Geselle, so ein im Dienst ergrauter D-Zugwagen, wenn er seine vollen Dienstjahre auf dem Buckel hat. Ein Schnellzugwagen hat dann auf seinen vielen Fahrten einen Weg zurückgelegt, wie wenn er etwa 100-mal die Erde am Äquator umfahren hätte, und auch

ein Personenzug hat es auf etwa 50-facher Weltreise gebracht.

Aber selbst wenn die Eisenbahnwagen ihre Altersgrenze erreicht haben und das bedenkliche Wort „Ausgemustert“ auf dem Wagengast steht, dienen die meist gut erhaltenen Wagengastwagen auch im wohlverdienten Ruhestand noch allen möglichen nützlichen Zwecken.

Eine große Zahl solcher Wagen a. D. steht draußen im Rheinwald als Fischerhütte oder Bootshaus. Versteckt zwischen Bäumen und Gestrüch und vielfach umgebaut, ist ihr ursprünglicher Verwendungszweck kaum zu erkennen. Da haben vier Stadtherren, leidenschaftliche Fischer, so einen Wagen in eine Dreizimmerwohnung mit Kammer verwandelt. Ein gemütlicher Aufenthaltsraum bietet Schutz gegen Regen und Sturm. In den langen Abenden im Früh- und Späthjahr trachten dort drinnen die Holzschneide im Ofen, und man sitzt warm und behaglich beim Kartenspiel. Die Bänke an den Wänden ringsum sind gepolstert und mit Bachstuch überzogen, und hinter dem Tisch steht sogar ein Sofa. In der Ecke hinten sind die Küchengeräte zu finden. Wie zu Großvaterszeiten hängt eine Petroleumlampe von der Decke. Die Vorhänge an den Fenstern und der Türe fehlen ebensowenig wie die Bilder und Zunftsprüche an den Wänden. Rechts und links neben dem Tagesraum ist je ein Schlafraum mit 2 Feldbetten eingerichtet. Im vierten Raum, der Kammer, hat man alle möglichen Bedarfsgegenstände untergebracht. Wir glauben es den Bewohnern, daß sie sich kein billigeres und schöneres Leben denken können, als draußen am Rhein und nachts im Eisenbahnwagen.

Der Gepädwagen Nr. 95 134 war nicht wenig erstaunt, zu welchem Zweck man ihn auf einem Lastwagen mitten in die Stadt gebracht hatte. Er war unter Obstbäumen hinter einem vornehmen Haus im Garten aufgestellt worden. Da stand er auf einem Betonfundament, geschützt gegen die Bodenfeuchtigkeit. Die Seitentüren hatte man geschlossen und Gestrüch und Blumen davor gepflanzt. An Stelle der Stirntür war eine Türe angebracht worden, mit einer Holzrampe davor. Und ausgerechnet der Eisenbahnwagen dient jetzt seinem Feind, dem Kraftwagen, als Heim.

Eine ganze Reihe von Wagengastwagen hat es hinaus an den Umkreis der Stadt verschlagen. Als Gartenhütten finden sie dort zu allen möglichen Zwecken Verwendung. Viele dienen der Kleintierzucht. Ein ganzer Eisenbahnzug steht im Reduktal in einer Geflügelfarm, wo 4 Wagen als Begehallen für Hühner eingerichtet sind.

Auf dem Land draußen, hinter Kleinwohnungen findet man vielfach ausgemusterte Wagen als Schuppen für landwirtschaftliche Geräte oder als Arbeitsraum mit Werkbank, Ofen und Werkzeugen.

Sehr lebhaft interessieren sich die kleineren Turn- und Sportvereine für Eisenbahnwagen a. D. Meist ist ihr Sportplatz ein gutes Stück von den Wohnstätten entfernt und es ist un bequem, die Turn- und Spielgeräte hin- und herzutragen. Bald steht deswegen ein abschließbarer Güterwagenkasten neben dem Platz. Ein Personenzug folgt vielfach nach als Schutzhütte und als Umkleieraum für die Spieler. Ja, man trifft Eisenbahnwagen, in die Wände und Böden eingebaut sind.

Am Waldrand, versteckt hinter Gebüsch und Jungholz, steht ein Postwagen. Ein freundlicher Jägermann läßt uns gern einen Blick ins Innere tun. Gemische und Jagdbilder an den Wänden dertalen, was wir geahnt haben; wir stehen in einer Jagdhütte. Zwei lange Bänke stehen hinter dem massiven Tisch. In den früheren Postfächern stehen neben anderen Gebrauchsgegenständen biereliche Krüge, und für die kalte Jahreszeit sind auch Schnapsläser da. „Der Alkohol ist drunten im Keller“, plaudert der Führer. Kellert? Wirklich, er hebt eine Falltür empor, und da geht es hinunter in den Keller. „Brunnenwasser nach der Jagd oder gar zum Subertusfest, das wäre doch ein gar zu dünnes Getränk.“ Zwar gibt es auch Brunnenwasser hier. Unter dem vorderen Teil des Wagens wurde ein Brunnen gegraben und das Brunnenrohr durch den Wagenboden hindurchgeführt. Nach wenigen Pumpenstößen schießt Wasser in den Auszug und läuft in die Vogeltränke vor der Hütte. Hier am Wagendeckel ist auch ein Hundezwinger untergebracht. Das Brennfaß dient als Anfaß. So ist im Postwagen alles vereinigt, was man von einer Jagdhütte verlangen kann.

Was doch aus einem Eisenbahnwagen alles werden kann!

## Ein englisches Lob über den Schwarzwald

Zahlreiche begeisterte Zuschriften, an Hotels und Verkehrsorganisationen gerichtet, lassen die große Beliebtheit des Schwarzwaldes bei den Engländern erkennen. Aus neuester Zeit sei nachstehende Zuschrift veröffentlicht:

„Eine mir befreundete Engländerin sandte mir einen Zeitungsausschnitt aus der englischen Zeitung „Witfol Times and Mirror“, der des Lobes voll ist über den schönen Schwarzwald und der gleichzeitig den Umschwung zeigt, den die öffentliche Meinung in England zugunsten Deutschlands genommen hat. Ich bin mit vielen Engländern diesen Sommer in Berührung gekommen, die alle entzückt von Deutschland waren und von dem zuvorzukommenden und freundlichen Wesen seiner Bewohner. Der Schwarzwald besonders hat es ihnen angetan.“ — Der Artikel lautet in Übersetzung: „Eine meiner Freundinnen, die mit Bekannten in ihrem Auto durch den Schwarzwald fuhr, schrieb mir, daß sie überwältigt gewesen sei über die Freundlichkeit der ihnen begegnenden deutschen Bauern. Sie erzählte von der höflichen Behandlung, die ihnen zuteil wurde in Dörfern und Bauernhäusern, an den schönen, gut gepflegten Straßen, in einem der schönsten Länder der Welt. Sie fuhrten z. B. eines Tages an einem Wasserfall und einer Brücke vorbei, die meine Freundin gerne fotografiert hätte. Trotz des Regens suchte sie einen ihr passenden Platz zur Aufnahme aus. Eine alte Frau, die aus dem Bauernhaus zuschaute, schickte einen kleinen nachsichtigen Bubben mit einem großen Schirm heraus. Der kleine Kerl hielt mit wichtiger, feierlicher Miene den Schirm über die Dame, bis das Bild gemacht war.“

Errichtung einer Waldhüter Alterssammlung geplant. Das Bürgermeisteramt der Stadtgemeinde Waldshut richtet an die Einwohner von Stadt und Bezirk Waldshut einen Aufruf zur Errichtung eines Waldhüter Heimatmuseums. Die Leitung des Landesvereins Badische Heimat, die in der ersten Novemberwoche einen viertägigen Heimattag in Waldshut abhält, soll den Anlaß bieten, dem Gedanken einer solchen Einrichtung näherzutreten. Schon zu diesem Zeitpunkt soll eine allgemeine Schau alter Stiche und Bilder, alter Waffen, Siegel oder Stempel der Stadt sowie kunstgewerblicher Gegenstände usw. stattfinden.

Druck G. Braun, Karlsruhe.